

Die Kultur Europas – Einheit in Vielfalt

**Statement
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
anlässlich der Berliner Konferenz
„Europa eine Seele geben“
am 19. November 2006 in Berlin**

Nicht ohne Grund sprechen wir heute – auf einer Konferenz zur Zukunft der Europäischen Einigung – über Kultur als Fundament politischen Denkens und Handelns. Jean Monet sagte einmal, wenn er es noch einmal mit der europäischen Einigung zu tun hätte, würde er nicht mit der Wirtschaft, sondern mit der Kultur anfangen. Monets Worte haben seither nichts an Aktualität eingebüßt. Das liegt nicht erst seit dem Votum der Bürger Frankreichs und der Niederlande über den Europäischen Verfassungsvertrag auf der Hand. Europa ist eben mehr als eine Fusion wirtschaftlicher Größen, es hat ein kulturelles Fundament, welches zentralen politischen Werten und Haltungen zu Grunde liegt.

Eben deshalb berühren uns Europäer Fragen des Umgangs mit anderen Kulturen. Sie treffen uns, um das Motto dieser

Konferenz aufzugreifen, in unserer politischen Seele. Nur so erklärt sich, warum alle Fragen einer Erweiterung der Europäischen Union nicht nur Fragen der Finalität, sondern mehr noch der Identität Europas sind. Eine über den zu- meist als selbstverständlichen Teil Europas begriffenen, christlich geprägten Kulturkreis hinausgehende Erweiterung provoziert geradezu zwangsläufig Widerspruch. Kulturelle Argumente sind dabei nicht per se als vorgeschoben oder Ausdruck von Ressentiments anzusehen. Sie sind – weil es um die Identität, die Kultur von uns Europäern geht – viel- mehr Ausdruck einer ehrlichen Debatte darüber, wer wir als Europäer sind, und wer wir sein wollen.

Wer also an der Kultur Europas als Fundament europäi- schen Denkens und Handelns rührt, muss sich dieser De- batte stellen. Gleiches gilt für die Staaten und Gesellschaf- ten in der Europäischen Union, die sich im Inneren wie Äu- ßeren einem wachsenden Selbstbewusstsein und wach- senden Forderungen von Menschen einer anderen als der christlich geprägten Kultur gegenübersehen. Nach innen wie außen wird der interkulturelle Dialog zu einem bedeu- tenden Instrument von Politik: zum einen um das Verständ- nis zwischen den Kulturen und den sie oftmals prägenden Religionen zu fördern; zum anderen um klärende Ge- sprächsprozesse über das Verhältnis von Staat und Religi- on in unseren freiheitlichen Demokratien in Gang zu setzen.

Beide Funktionen interkulturellen Dialogs – die Förderung des Verstehens und die Klärung offener Fragen der Interaktion – erfordern, neben der wechselseitigen Bereitschaft zum Verstehen des jeweils Anderen, erst einmal ein klares Verstehen der eigenen Position. Wir müssen uns der kulturellen Wurzeln und Grundlagen europäischen Denkens und Handelns bewusst werden, wie sie sich über Jahrhunderte, ja Jahrtausende entwickelt haben. Allein in dieser Hinsicht leistet etwa der interkulturelle Dialog, den wir in Deutschland vor kurzem mit den bei uns lebenden Muslimen begonnen haben, bereits einen Beitrag zur Erneuerung unseres staatsbürgerlichen und demokratischen Bewusstseins. Indem wir elementare Fragen staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung mit Repräsentanten einer anderen als der christlichen Religion diskutieren, werden wir uns zugleich bewusst, in welchem Maße die Prinzipien des Zusammenlebens in unseren europäischen Demokratien von christlicher Ethik geprägt sind. Unsere freiheitlichen Verfassungen leben – wie es Böckenförde einmal gesagt hat – von Voraussetzungen, die sie selber nicht schaffen können.

Zu deren Entstehung und Bewahrung hat das Christentum und haben die christlichen Kirchen in Europa zweifelsohne mehr beigetragen als andere Religionen und deren Institutionen. Durch zahlreiche, auch blutige innerchristliche Ausei-

nandersetzungen und Konflikte, durch die Reformation und die Aufklärung sind wir zu einer europäischen Kultur gelangt. Sie bewahrt die ethischen Forderungen und Errungenschaften des Glaubens, ohne jene jedoch zum Instrument politischer Machtansprüche verkommen zu lassen. Für uns Europäer ist klar, dass keine religiöse Ordnung zur Grundlage politischer Ordnung werden darf.

Unveräußerlich sind Rechte und Pflichten, die dem Einzelnen in der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft zukommen, wie sie sich ausgehend vom Recht der Glaubensfreiheit entwickelt haben. Die Universalität der Menschenrechte gründet in der aus dem christlichen Glauben gewonnenen Erkenntnis, dass jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe und natürlich auch Religion – Träger seiner eigenen, unveräußerbaren Menschenwürde ist.

Daraus erwächst zugleich die Verpflichtung für jeden, der politische Aufgaben wahrnimmt, verantwortlich zu handeln – gegenüber den Menschen wie auch vor Gott. „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ heißt es deshalb in der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Seine Mütter und Väter bestanden mit dieser Formulierung darauf, aller menschlichen Macht Grenzen zu setzen.

„In der Würde jedes Menschen hat die Ausübung staatlicher Macht Sinn und Maß,“ betonte Bischof Huber 2004 im Berliner Dom. Und „jede Bürgerin und jeder Bürger steht in der Verantwortung, staatliches Handeln an diesem Maß zu messen.“

Diese Absage an staatliche Allmacht und damit das Wahren von Maß ist ein konstituierendes europäisches Prinzip. Es verwirklicht unser Menschenbild, es ist die Absage an jede Form von Fanatismus und Fundamentalismus. Mäßigung ist die Grundlage für Toleranz sowie das Wissen um unsere Verantwortung für andere. Diese Werte und Prinzipien sind ein tragfähiges kulturelles Fundament für das europäische Haus, an dem wir – wer würde das bestreiten – noch lange Zeit bauen müssen und werden. Sie stehen deshalb auch nicht zur Disposition, sondern weisen uns den Weg im Dialog mit anderen Kulturen, mit denen wir im Zuge der Globalisierung in immer intensiverem Austausch stehen.

Nun ist es keineswegs so, dass diese Werte und Prinzipien alleine unserem christlichen Erbe geschuldet wären oder gar dem Christentum exklusiv zuzuschreiben sind. Besonders mit dem Judentum verbinden uns gemeinsame kulturelle Wurzeln, die – ungeachtet der verheerenden Verbrechen, die der Nationalsozialismus über Deutschland, Euro-

pa und vor allem die Juden gebracht hat – in gemeinsamen Haltungen zu vielen ethischen Fragen Niederschlag finden.

Nach 1945 haben Christen und Juden in Deutschland und Europa versucht, Brücken über den Abgrund der Shoah zu bauen. Das war nur möglich durch eine grundlegende theologische Neubestimmung des Verhältnisses von Christen und Juden. Nach einer allzu oft von Antijudaismus geprägten zweitausendjährigen Geschichte wurde ein grundsätzliches Umdenken in der jüdisch-christlichen Verhältnisbestimmung eingeleitet. Bahnbrechend war 1965 die Erklärung des II. Vatikanischen Konzils „Nostra Aetate“ – „ein Anfang eines neuen Anfangs“, so Kardinal Kasper. Im Zuge dieses Umdenkens haben die Kirchen – und auch wir Europäer – jüdische Wurzeln wieder und neu entdeckt. Besonders Papst Johannes Paul II. war die Partnerschaft zwischen Juden und Christen ein persönliches Anliegen. Auch von protestantischer Seite wurden mit dem Dialog Aussöhnung und Neubeginn gefördert, etwa mit der Erklärung der Rheinischen Synode „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ im Jahre 1980. Sicherlich ein Höhepunkt des interreligiösen Dialogs mit den Juden war das Treffen von hochrangigen Vertretern des Vatikans und der evangelischen Kirche mit Rabbinern am 9. März 2006 am Rande der „Woche der Brüderlichkeit“ in Berlin.

Im Bewusstsein gemeinsamer Wurzeln sind Christen und Juden in Europa auch im interkulturellen Dialog aufeinander zugegangen. 60 Jahre nach der Shoah ist das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und der jüdischen Glaubensgemeinschaft von partnerschaftlicher Zusammenarbeit geprägt und mit Leben gefüllt. Im Bewusstsein unserer geschichtlichen Verantwortung, aber auch in dankbarer Freude über die Entstehung neuen jüdischen Lebens in unserem Land, haben die Bundesrepublik Deutschland und der Zentralrat der Juden in Deutschland ihre Partnerschaft auf eine dauerhafte vertragliche Grundlage gestellt. Damit sind längst nicht alle Fragen beantwortet. Das Verhältnis Deutschlands zu den Juden wird wohl immer im langen Schatten der Geschichte stehen und auch in der Gegenwart nicht gänzlich ohne Reibungen auskommen. Dennoch darf uns die Entwicklung unseres Verhältnisses zu den Juden Hoffnung machen für den Dialog mit Vertretern auch anderer Religionen und Kulturen.

Beiträge herausragender christlicher wie jüdischer Persönlichkeiten zu wechselseitigem Verstehen, aufrichtiger Versöhnung und vertrauensvollem Zusammenleben können uns heute Vorbild sein. Ich denke dabei etwa an Leo Baeck, den herausragenden Repräsentanten des deutschen Judentums des 20. Jahrhunderts, der vor 50 Jahren, am 2. November 1956, starb. Seine Worte „Wer immer in unserer

Mitte wohnt, soll nicht bloß räumlich neben uns leben, sondern mit uns leben“ galten nicht nur für das Zusammenleben von Juden und Christen. Sie umfassen – ganz im Sinne der ethischen Grundsätze, denen sich Leo Baeck verpflichtet sah – alle Religionen und Minderheiten.

Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir uns an die heute größte Herausforderung im Dialog der Kulturen machen: das Gespräch mit der wachsenden Zahl an Muslimen, die als Zuwanderer nach Europa gekommen sind und hier eine Familie gegründet haben. „Europa und der Islam – diese Gegenüberstellung hat immer etwas Konfrontatives“, beginnt etwa der italienische Historiker Franco Cardini sein gleichnamiges, noch unbeeindruckt von islamistischem Terror geschriebenes Standardwerk.

Zugleich ist der Islam unbestreitbar ein Teil Deutschlands und Europas. Die Spuren islamischen Lebens in Europa reichen weit zurück, haben Muslime doch in vielfältiger Weise unsere Geschichte und auch unsere Kultur beeinflusst.

Dass der religiös neutrale, freiheitliche Staat sich des Dialogs mit den Muslimen in besonderer Weise annimmt, ist indes weniger dem kulturellen Erbe als drängenden Fragen des Zusammenlebens in der Gegenwart geschuldet. Isla-

mistische Bestrebungen forcieren eine „Islamisierung“ Europas im Sinne eines – von der überwiegenden Mehrheit der bei uns lebenden Muslime nicht geteilten – totalitären Islam-Verständnisses. Mit Forderungen nach Durchsetzung einer angeblich „islamgemäßen“ Lebensweise wenden sich islamistische Organisationen gegen die Grundlagen unserer freiheitlichen europäischen Demokratien, gegen unser Rechts- und Wertesystem. Demgegenüber stehen Forderungen nicht nur aus den europäischen Aufnahmegesellschaften, sondern auch vieler Muslime selbst, der Islam müsse sich europäisieren, wenn Muslime hier dauerhaft als geschätzter Teil pluralistischer Gesellschaften leben wollen.

In diesem Spannungsfeld gegenläufiger Forderungen und Entwicklungen – Islamisierung Europas versus Europäisierung des Islam – gewinnt der Dialog der Kulturen weit über politische Fragen hinaus Bedeutung. Es geht dabei indes nicht – wie man ob eines an Bedeutung gewinnenden Triadlogs zwischen Christen, Juden und Muslimen vermuten könnte – primär um Glaubensfragen. Der interreligiöse Dialog kann das wechselseitige Verstehen befördern, nicht aber politische Probleme lösen. Uns geht es um das Verhältnis zwischen dem Staat und den Muslimen, um die Entfaltung des Islam innerhalb des Rahmens unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die positive und negative Glaubensfreiheit ist da nur ein, wenn auch wichtiger

Aspekt. Alle Grundrechte, besonders die Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau, müssen im Dialog als gemeinsame und verbindende ethische Errungenschaften begriffen und verteidigt werden.

Ohne Zweifel wird sich der Islam, wie er in unseren freiheitlichen Gesellschaften gelebt wird, im Sinne einer vollständigen Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung entwickeln, also „europäisieren“ müssen. Nur wer jeden Absolutheitsanspruch ablegt, wird Teil einer pluralistischen und demokratischen Ordnung sein können. Umgekehrt werden auch die europäischen Gesellschaften lernen müssen, religiöse, nicht aber politische Besonderheiten des Islam als Facette unserer europäischen Lebenswirklichkeit zu akzeptieren.

Was die Regelung all dieser Fragen angeht, kann die Europäische Union nach Überzeugung der Bundesregierung nicht als aktiv handelnder Akteur auftreten. Die Situationen in den einzelnen europäischen Staaten sind zu unterschiedlich, als dass es eine einheitliche gesamteuropäische Lösung für das Zusammenleben mit den Muslimen geben könnte. Wohl aber sollten alle europäischen Gesellschaften und Staaten den interkulturellen Dialog mit Juden und Muslimen als Chance sehen, Trennendes zu begreifen und –

wo möglich – durch Erkennen von Gemeinsamkeiten zu überwinden.

Wo sich vielfältiges neues jüdisches und auch muslimisches Leben gebildet hat, bieten sich auch Chancen, die vielfältige Kultur Europas als Fundament unseres Handelns wieder zu entdecken. Vielleicht ist es gerade die Vielfalt, die Europa so einzigartig und anziehend macht. Kulturelle Vielfalt bedeutet jedoch nicht, dass verbindliche, kulturell begründete ethische und politische Grundlagen unseres Zusammenlebens etwa aus religiösen Motiven heraus in Frage gestellt werden dürfen. Hier liegen die Grenzen des politischen Konsenses, der die europäische Einheit trägt.

Die historisch bedeutsame Erweiterung der Europäischen Union verlangt einen tiefgreifenden, nachhaltigen Prozess gesellschaftlicher Integration. Ideologische Konstrukte wie die Reduzierung unserer Kultur auf „konsensuale Schnittmengen“ schaden dabei mehr, als sie nutzen. Unser Ziel muss es sein, im Zusammenwachsen der Völker zu einer von allen Europäern als gemeinsam begriffenen europäischen Identität zu gelangen, innerhalb derer nationale und regionale Identitäten ihren hohen Stellenwert als Heimat der Bürger Europas erhalten.

Wenn wir also in Vielfalt zur Einheit gelangen wollen, kommt dem Dialog der Kulturen für Europa doppelte Bedeutung zu: nach außen der Verständigung über zwischenstaatliche Beziehungen, etwa mit der Türkei; nach innen der Verständigung über das Zusammenleben innerhalb unserer freiheitlichen und demokratischen europäischen Staaten und Gesellschaften. Gemeinsam ist beidem die Aufgabe, Verstehen und Verständnis herbeizuführen – um gemeinsame Lebensperspektiven in einer konfliktreichen Welt zu schaffen. Jean Monnet sähe, würde er heute noch leben, im interkulturellen Dialog sicher eine dringliche und in vollem Wortsinne elementare Aufgabe europäischer Politik.